

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**ÖAR 1010 Wien, Stubenring 2,
24.03.2010 14:00 bis 17:00 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg
Anthony Williams

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Karl Garnitschnig

Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johannes Trimmel

VertreterIn der wissenschaftlichen Lehre:

entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Vertreter der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin Ladstätter
Heinz Trompisch

BMASK: Sabine Wagner
Wolfgang Iser

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters Entwurf einer Stellungnahme zu Bildung sowie Unterlagen zu den Fällen 11, 13, 15, 16, 18.

1. Genehmigung TO

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokoll 15. Februar 2010

Der Entwurf des Protokolls wird angenommen.

3. Berichte

a. Gespräch HBM Hundstorfer

Die Vorsitzende berichtet vom Gespräch und angenehmer Atmosphäre.

Besprochen worden seien insbesondere:

Ressourcen, Frage der Aufwandsentschädigung, eigenes Budget
 Menschenrechtsinstitution (Pläne betreffend Volksanwaltschaft und
 Menschenrechtsbeirat)
 Stellungnahme zur Beschäftigungstherapie; inklusive Arbeit
 persönliche Assistenz, Art. 19 CRPD

Der stv. SCh Dr. Hofer habe berichtet, dass seinerseits mittlerweile die UN-Konvention eine wichtige Argumentationshilfe gegenüber anderen Ressorts sei.

b. Dritte Sitzung des Internationalen Monitoringausschusses (22.-26. Februar)

Durch die Anzahl der Ratifizierungen (dzt. 83) werde demnächst das internationale Überwachungsorgan aufgestockt. Die Wahl erfolge am 01.09.10 mit Wirksamkeit ab Februar 2011. Die aussichtsreichen KandidatInnen aus Deutschland und Mexiko seien äußerst unterstützenswert.

c. InklusionsforscherInnen-Tagung in Innsbruck, 25. Februar

An der Podiumsdiskussion habe auch SCh Dobart vom BMUKK mit sehr aufgeschlossenem Zugang zu inklusiver Bildung teilgenommen.

d. Sitzung des Menschenrechtsrates zu nationalen Überwachungsgremien (5. März 2010)

30 Staaten hätten sich zur Umsetzung geäußert. Seitens Österreichs sei ein redigierter Text der Vorsitzenden präsentiert worden.

e. Gespräch im BM.J zu "Wrongful Birth" am 22. März

Frau Meierschitz berichtet. Teilgenommen hätten u.A. die FMBJ sowie SCh Kathrein. Zielgruppe seien mehr JuristInnen als medizinisches Fachpublikum gewesen. Ausgangspunkt sei das OGH-Urteil gewesen, in dem die Geburt eines schwer behinderten Kindes als „Schaden“ qualifiziert worden sei.

4. Stellungnahmen

a. Bildung

Der vorliegende Entwurf wird umfassend diskutiert. Die revidierte Version soll bis 07.04.10 auf der Website zur Einsichtnahme bereitstehen (Änderungsvorschläge bis 02.04.10).

b. Beschäftigungstherapie

In der Stellungnahme wird die geschätzte Zahl von TeilnehmerInnen an Maßnahmen der BT auf ca. 19 000 aktualisiert.

c. Partizipation

Zu diskutieren sind noch Adressaten, Ebenen und Verpflichtungsgrade. Die revidierte Stellungnahme soll im Umlaufwege beschlossen werden.

5. Öffentliche Sitzung am 28. April 2010

a. Einladung

Das Büro wird die Einladungen per E-Mail nach dem Verteiler der letzten Sitzung versenden. Die Vorsitzende wird noch die Mitglieder des Bundesbehindertenbeirats einladen, an die VertreterInnen der Parlamentsparteien mit der Ergänzung, diese mögen sie an die Bildungs- und MenschenrechtssprecherInnen weiterleiten.

b. Ablauf

Die Vorsitzende wird eine kurze Einführung halten, dann soll der Entwurf der Stellungnahme Bildung – auch unter Einbindung des Publikums – diskutiert werden.

Anschließend soll ca. 1 Stunde für eine allgemeine Diskussion zur Verfügung stehen, abschließend ein Schlusswort der Vorsitzenden.

Für allfällige Nachstellungen soll eine Frist von 4 Wochen eingeräumt werden.

c. Logistik

Beim Check-in-Tisch im Foyer des Parlaments werden Frau Meierschitz und Frau Weissenberg das Büro unterstützen.

6. Einzelfälle (Update)

Betreffend die Einzelfälle erfolgt ein Update der Fallnummerierung und eine allgemeine Verfahrensstandaufnahme.

Fall 9 (pers. Assistenz/Besachwaltung): Hier ist ein Schreiben des Landes Wien eingelangt.

Fall 10 (Nichtverlängerung Fördervertrag): Hier ist noch zu diskutieren, ob dies als Beschwerdefall zu werten ist.

Fall 11 (Fahrtendienst): Ein Schreiben an die MA 40 soll konzipiert werden.

Fall 12 (Nichtgewährung I-Pension): Das Büro möge noch weitere Unterlagen urgieren.

Fall 13 (Tirol Zugang): Die Vorsitzende berichtet von einem Treffen mit der Beschwerdeführerin.

Fall 14 (Personalvertretung): Herr Garnitschnig berichtet über 2 Gespräche mit der Beschwerdeführerin und 3 weiteren DienstnehmerInnen, eine E-Mail an die Personalvertretung sei bisher unbeantwortet geblieben.

Fall 15 (WIFI): vertagt

Fall 16 (ORF Publikumsrat): vertagt

Fall 17 (Sachwalterschaft): Hier möge das Büro um Präzisierung ersuchen.

Fall 18 (Sachwalterschaft Wien): vertagt

Allgemein diskutiert wird die Frage, ob der Ausschuss primär Probleme lösen oder Probleme aufzeigen soll.

7. Web Site (update)

Die Web Site werde am 07.04.10 online gehen.

8. Änderung der Geschäftsordnung

Gegenständlicher TOP wird vertagt.

9. Termin für nächste Sitzungen

Die nächsten nicht öffentlichen Sitzungen finden am **12.05.10** ab **09:00** Uhr sowie am **10.06.10** ab **14:00** Uhr bis ca. 17:00 Uhr jeweils im Regierungsgebäude am Stubenring im **Saal III** (1. Stock) statt.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)